

Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 4. bis 5. Oktober 2021 in Wiesbaden

Die Schuldenbremse ist unverhandelbar

Mit Blick auf die Sondierungsgespräche in Berlin ist für uns die Schuldenbremse unverhandelbar. Wir wenden uns gegen jeglichen Versuch einer Aufweichung oder Abschaffung.

Die Auswirkungen der Corona-Krise haben die Haushaltspolitik von Bund und Ländern vor große Herausforderungen gestellt. Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU stellen fest, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse in dieser schwersten gesamtdeutschen Krise der Nachkriegszeit ihre erste echte Bewährungsprobe bestanden hat. Die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Ausgestaltung erlaubt eine angemessene Reaktion der Haushaltspolitik in Krisenzeiten und lässt eine expansive Fiskalpolitik zur Bewältigung der Pandemie zu. Sie hat es dem Staat erlaubt, in der Krise sehr viel Geld für pandemiebedingte Mehrbedarfe und zum Ausgleich wegbrechender Steuereinnahmen einzusetzen. Allein für das Jahr 2021 rechnet der Bund mit einer Neuverschuldung von über 240 Milliarden Euro. Dazu kommen die Kredite der Länder für die Bewältigung der Pandemie.

Neben einer guten Konjunktur hat gerade die aufgrund der Schuldenbremse geltende Haushaltsdisziplin in den vergangenen Jahren für die finanziellen Spielräume gesorgt, die Deutschland zur Bewältigung der Pandemie nutzen konnte, ohne die finanzielle Tragfähigkeit der Staatsfinanzen aufs Spiel zu setzen. Dabei hat die Schuldenbremse in den vergangenen Jahren öffentliche Investitionen ermöglicht. Sie stärkt das Vertrauen in die Politik und setzt die richtigen Anreize, um für künftige Herausforderungen Vorsorge zu treffen.

Eine seriöse Finanzpolitik darf nicht darauf aufbauen, dass die Zinsen dauerhaft, nicht nur für Jahre, sondern Jahrzehnte, niedrig bleiben. Darauf darf sich ein Staat, der die Unabhängigkeit der Notenbank achtet, nicht verlassen. Es ist gerade die Stärke der Schuldenbremse, dass die Politik eine Antwort darauf geben muss, wie und wann sie die aufgenommenen Kredite in Zukunft zurückzahlen will. Die Forderungen nach einer Aufweichung und sogar Abschaffung der Schuldenbremse schaden der Glaubwürdigkeit der Politik. Kommenden Generationen müssen finanzielle Spielräume erhalten bleiben, um künftige Herausforderungen zu bewältigen.

Solide Finanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für jedes verantwortungsvolle staatliche Handeln. Sie sind wichtig für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie privater Investoren zum Staat, ebenso wie sie Gebot der Generationengerechtigkeit sind. Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU wenden sich gegen Bestrebungen der politischen Linken zur Aufweichung der Schuldenbremse. Die Sprecherkonferenz fordert, das bestehende Regelwerk weiterhin konsequent anzuwenden.